

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 26 / 2019

›IM ZEICHEN DER FREIHEIT‹

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2018
- MUSICA PRO PACE 2018
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und der Präsidentin der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2018-2019

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Dr. Henning Buck, Univ. Osnabrück (Redaktion Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft)
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Rea Krakowitzky M.A., Universität Osnabrück (Mitarbeiterin der Geschäftsführung)
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Prof. Dr. Andrea Lenschow, Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück
Dr. Janina Majerczyk, Universität Osnabrück (Geschäftsführung Osnabrücker Friedensgespräche)
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Chadi Touma, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer, Dr. Michael Pittwald

Bucheinband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe unter Verwendung eines Fotos von Adobe Stock, MXW Photography.

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2018-2019 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 29 / Schloss, D-49074 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4010, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de
Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2019

© 2019 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen,
mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6,
D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X
ISBN 978-3-8471-1041-5

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2018	
<i>Digitale Medien: Wer beherrscht die »fünfte Gewalt«?</i> Mit Bernhard Pörksen, Anke Domscheit-Berg, Julia Krüger	15
<i>Liao Yiwu und die Freiheit der Literatur</i> Mit Beiträgen von Karin Betz, Christoph König, Liao Yiwu und Herbert Wiesner.	43
<i>Frieden machen! Wie Kriege beendet werden und wie Frieden gelingen kann</i> Mit Wolfgang Petritsch, Markus Potzel, Dana Landau.	71
<i>America first! – Trumps Präsidentschaft: Was bringt sie seinem Land und der Welt?</i> Mit Susan Neiman, Welf Werner, Josef Braml	101
II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2018	
Stefan Hanheide, Osnabrück »1918« – Werke von Maurice Ravel und Johannes Brahms	127
III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG	
Asfa-Wossen Asserate, Frankfurt am Main <i>Afrika wohin? – Politik, Wirtschaft und Migration</i>	135

György Széll, Osnabrück
Sind die Freiheitsrechte universal? 149

Roland Czada, Osnabrück
*Die Freiheit anders Denkender. Voraussetzungen und Möglichkeiten
einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaftsordnung* 175

Andrea Lenschow, Jörg Baudner und Jan Pollex, Osnabrück
Das umkämpfte Gut der Freiheit in der Europäischen Union 191

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 207

Abbildungsnachweis 213



America first! – Trumps Präsidentschaft: Was bringt sie seinem Land und der Welt?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 6. Dezember 2018

<i>Prof. Susan Neiman</i>	Direktorin des Einstein-Forum, Potsdam
<i>Prof. Dr. Welf Werner</i>	Direktor des Heidelberg Center for American Studies
<i>Dr. Josef Braml</i>	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Berlin
<i>Prof. Dr. Peter Schneck</i>	Institut für Anglistik/Amerikanistik der Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

Peter Schneck: Auf den ersten Blick scheint es so, als gäbe es kaum ein Thema, das ungeeigneter für ein Friedensgespräch ist als die Politik *Donald Trumps*, denn nicht nur in seinem Land, sondern in der ganzen Welt stiftet der gegenwärtige Präsident der USA vor allem eines, nämlich Unfrieden. Das aber ist unser Anlass, in einem Friedensgespräch über seine Präsidentschaft – und was sie für die Welt bedeutet – zu diskutieren, denn sein Politikstil des Unfriedens hat sich zu einem erfolgreichen Geschäftsmodell des Populismus entwickelt, das auch in Europa Bewunderung und Nachahmung findet.

Über Trump öffentlich zu sprechen, ist eine Herausforderung, denn er selbst redet ja ständig und öffentlich über sich. So scheint es, als erschöpfte sich ein großer Teil politischer Kommentare und Analysen von Dritten in der Reproduktion und psychologischen Deutung Trumpscher Twitter-Schnipsel. Diese Herausforderung gemeinsam zu meistern, dürfen wir von unseren Podiumsgästen hoffen.

Zunächst begrüße ich *Susan Neiman*, Philosophin und *Public Intellectual*, die sich als gebürtige Amerikanerin schon seit Langem in Deutschland mit Deutschland und den USA auseinandersetzt und als Direktorin des Einstein-Forums in Potsdam, einer Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Brandenburg, eine wichtige Stimme in der öffentlichen Diskussion und Reflexion historischer, auch gegenwärtiger politischer Beziehungen und Diskurse zwischen den beiden Staaten und Kulturen darstellt. Eines ihrer zentralen Themen ist die Ethik des politischen Diskurses, d.h. die Orientierung des politischen Sprechens und Handelns

an grundlegenden moralischen Werten. Frau Neiman hat uns übrigens anvertraut, dass sie nach der Wahl von Trump inzwischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hat.

Mit *Josef Braml* begrüße ich einen kenntnisreichen und scharfsinnigen Beobachter und Kritiker US-amerikanischer Politik und Kultur. Er ist langjähriger USA-Spezialist der Gesellschaft für Auswärtige Politik und gesuchter Berater der deutschen Politik. Das provokante Resümee seines Buches, das die besonderen Bedingungen der amerikanischen Politik nach Bush und Obama im Detail diskutiert, lautet: »Der amerikanische Traum ist ausgeträumt«.

Schließlich heißen wir *Welf Werner* willkommen, den Direktor des Heidelberg Center for American Studies. Er nimmt als Wirtschaftswissenschaftler und Amerikanist eine Doppelfunktion wahr, die für uns insofern spannend ist, als der Zusammenhang zwischen Ökonomie und kultureller Identität im Hinblick auf die USA schon seit *Max Webers* kontroverser Studie über die religiösen Grundlagen und das Sendungsbewusstsein des amerikanischen Kapitalismus immer wieder heftig diskutiert worden ist. Werners Studien zur ökonomischen, sozialen und kulturellen Ungleichheit in den USA zeigen, dass die Stabilität demokratischer Verhältnisse von der Verhandlungsfähigkeit und -bereitschaft der Politik gerade gegenüber den sozial und ökonomisch Benachteiligten abhängt. Ob Trumps Politik des ökonomischen Nationalismus dieses Problem lösen kann oder doch eher verschärft, wird eines unserer Themen sein.

Wir verzichten auf ausführlichere Eingangsstatements, um schnell in eine Diskussion eintreten zu können. Dabei wollen wir zunächst einen Rückblick auf die Wahl Donald Trumps und die ersten zwei Jahre seiner Amtszeit werfen, dann zur Diagnose der aktuellen Situation kommen, um schließlich einen Blick in die nahe und fernere Zukunft zu richten.

Eine erste, allgemeinere Frage möchte ich Frau Neiman stellen: Es geht um einen zentralen Aspekt der Politik Donald Trumps, der sich einer tieferen Analyse offenbar immer in den Weg stellt. Die Rede ist von seiner unglaublich effektiven Selbstinszenierung, die den öffentlichen Raum und den politischen Diskurs vor allem als Resonanzraum der persönlichen Selbstbestätigung besetzt.

Ist *@realDonaldTrump*, so sein Twitter-Name, nicht eigentlich ein gigantisches Ablenkungsmanöver, mit dem das öffentliche Interesse von seiner Politik weg und auf seine Person hin gelenkt wird? Dieser narzisstischen Selbstaufladung gehen offenbar viele Leute auf den Leim, weil sie immer die Person sehen, aber nicht die Politik, die er macht. Wie also sollten wir uns mit Trump und seiner Politik beschäftigen? Wo beginnt seine Person, wo endet seine Politik?

Susan Neiman: Sie stellen eine Frage, die sich viele amerikanische Journalisten und Publizisten ebenfalls stellen, denn sie erhalten dafür ständig neues Futter. Manche fordern sogar, Trumps *tweets* in den Medien zu ignorieren. Das ist ein

radikaler, sicherlich nicht zu realisierender Vorschlag. Worauf ich hinweisen möchte, ist zweierlei.

Erstens: Es hat nicht alles erst mit Trump begonnen; er ist nur das radikalste Extrem einer Tendenz, die wir seit *Ronald Reagan* gesehen haben. Ich weiß, Reagan ist merkwürdigerweise in Deutschland und auch in Amerika noch beliebt,



Susan Neiman

weil er – durch reinen historischen Zufall – mal gesagt hatte: »*Tear down this wall, Mister Gorbachev*«, und zwei Jahre später ist die Berliner Mauer tatsächlich gefallen, womit Reagan aber gar nichts zu tun hatte. Möglicherweise war das vorausgegangene Wettrüsten dafür ausschlaggebend, aber es ist reiner Zufall, dass Reagan damit in die Geschichte eingegangen ist.

Trumps Politik ist auf vielfältige Art und Weise an Reagan orientiert, in erster Linie an dessen *Rassismus*. Schon Reagan spielte, bildlich gesprochen, auf der *dog whistle*, der Hundepfeife, die Töne in hohen Frequenzen erzeugt, die nur Hunde hören, Menschen aber nicht. Das Wort kam in den 1980er Jahren auf, um rassistische Äußerungen zu kennzeichnen, die normalen Menschen nicht auffallen, aber

Rassisten vertraut sind. Mit einem solchen Signal hatte schon Reagans Wahlkampagne in *Philadelphia, Mississippi* im Jahr 1980 begonnen.¹ Die Stadt war landesweit bekannt wegen des dort verübten Mordes an drei Bürgerrechtsaktivisten im Jahr 1964. Mit dem Start seiner Wahlkampagne dort signalisierte Reagan den Wählern im ganzen Süden, dass sie von ihm als Präsidenten keine Nachteile zu erwarten hätten.

Ein zweiter Programmpunkt Trumps ist die rücksichtslose Deregulierung der Wirtschaft. Diese Politik begann in den USA ebenfalls mit Reagan und in Europa mit der britischen Premierministerin *Margaret Thatcher*.

Drittens, und das beantwortet Ihre Frage, hat auch die Selbstinszenierung des Politikers in den USA mit Reagan angefangen. Dass ein Mensch ohne jegliche politische Bildung – abgesehen davon, dass er mal eine antikommunistische Gewerkschaft in Hollywood geführt hatte – Präsident werden konnte, bloß weil er toll schauspielern konnte, das war der Prototyp! Sogar *Richard Nixon*, dessen Politik ich keineswegs schätze, verfügte über politische Erfahrung. Die Vorstellung, dass ein schlechter Schauspieler ein guter Präsident werden konnte, nahm ihren Anfang mit Ronald Reagan, und das muss uns klar sein.

Peter Schneck: Unterschätzt man womöglich Donald Trump, wenn man nur seine Medienpersönlichkeit wahrnimmt und sich an diesem Image abarbeitet?

Sie, Herr Braml, haben davor schon 2017 gewarnt und betont, dass hinter diesem Auftreten eine klare Strategie stecke. Sehen Sie das weiterhin so, trotz der süffisanten Berichte und der *leaks* aus dem Chaos im Weißen Haus? Selbst ein ehemaliger Außenminister hat Trump ja als Blödmann beschimpft, als *moron* ...

Josef Braml: Trump ist authentisch, sein Narzissmus passt zu seinem Weltbild und zu jener Weltordnungsvorstellung, die Deutschland und Europa massiv treffen wird. Wir dürfen uns nicht wie Kinder – oder auch Erwachsene – im Zirkus benehmen, die allesamt abgelenkt auf den Clown schauen, wenn die Bühne umgebaut wird. Dann sieht niemand mehr, wie hinten die Kulissen verschoben werden. Angesichts dessen, was Trump im Vordergrund tat, haben auch die Medien bei uns es versäumt, die Strukturen im Hintergrund im Blick zu behalten.

In den USA wird hinter den Kulissen der Staat radikal abgebaut. Wie schon beschrieben, begann dies während der Präsidentschaft Reagans, und es wurde unter Clinton fortgesetzt. Auch jetzt wird dies noch weitergeführt. Der gegenwärtige Präsident zerstört innenpolitisch, was für Recht und Ordnung steht – mit Ausnahme des Militärs –, und er zerstört in den Außenbeziehungen alles, was Recht und Ordnung ist. Wenn dann *the rule of law* nicht mehr existiert; wenn es keine regelbasierte, liberale Ordnung mehr gibt, dann gilt das Recht des Stärkeren, und das ist das Recht des militärisch Stärkeren. Das anzuerkennen fällt uns schwer, weil wir auf diese Strategie keine Antwort haben. Auch Russlands Präsident *Putin* vertritt nicht die Idee einer liberalen Ordnung, ebenso wenig die Chinesen. Wir Europäer aber dünken uns weiterhin auf der Insel der Glückseligen, sehen aber nicht, dass die Schutzmacht USA, die uns liberales Denken und eine liberale Weltordnung gebracht hat, uns geradezu umerzogen hat, jetzt genau diese Ordnung zerstört. Wir müssen von unserer hohen moralischen Warte herunterkommen, um auch die schmutzigere Version der Welt zu verstehen, den knallharten Realismus, der jetzt von Trump und seinen Unterstützern vorangetrieben wird.

Peter Schneck: Wir werden die gegenwärtige Situation noch genauer betrachten und diskutieren, wie weit das Programm eines ökonomischen Nationalismus in den zwei Jahren der Amtsführung Trumps schon vorangeschritten ist.

Herr Werner, wie unterscheidet sich dieses Programm eigentlich von der bisherigen Politik der Republikaner?

Welf Werner: Bei allen Kontinuitäten, bis zurück in die 1980er Jahre zu Reagan, gibt es durchaus Unterschiede. Der damalige neoliberale *turn* wird zwar in gewisser Hinsicht fortgesetzt, partiell aber auch nicht. ›Ökonomischer Nationalismus‹ ist ja etwas, das einer freien marktwirtschaftlichen Orientierung deutlich widerspricht. Seit dem Zweiten Weltkrieg galt in den USA – wie in kaum einem anderen OECD-Land – die Devise, den Märkten ihren freien Lauf zu lassen, sowohl national wie auch international. Mithin war die Globalisierung auch ein Projekt der Hegemonialmacht USA, gefördert vom *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) und der *World Trade Organization* (WTO), begleitet von der Liberalisierung in der EU. Hier sehe ich einen klaren Bruch gegenüber dem, was zuvor galt, denn die heutige Trump-Administration ist eindeutig protektionistisch eingestellt und setzt insofern neue Akzente. Zwar gab es auch bei Reagan einen gewissen aggressiven Unilateralismus. In den letzten Jahren und Jahrzehnten fuhr die amerikanische Regierung aber zweigleisig: Der Multilateralismus wurde weiterhin unterstützt und gefördert in der Welthandelsorganisation, während die USA parallel dazu in einem Handelsgesetz, dem *Trade Act of 1974*, mit *section 301*, genannt *Super 301*, die Basis für einen aggressiven Unilateralismus geschaffen hatten. Dieser Paragraph sieht Sanktionen für Staaten vor, die US-Unternehmen keinen fairen Zugang zum eigenen Markt gewähren. Ökonomischer Nationalismus in seiner aktuellen, reinen Form ist allerdings etwas Neues, wobei aber Kontinuitäten zu erkennen sind.

Ebenfalls nicht im Sinne einer rein marktwirtschaftlichen Ordnung sind Trumps Ankündigungen, für heimische Arbeiterinnen und Arbeiter einzustehen, in dem Sinne, dass die alten Industrien wie etwa Kohle und Stahl geschützt werden müssten. Der Bau eines Schutzwalles nach außen einerseits und andererseits das Versprechen, die alten Industrien aufrechtzuerhalten oder gar neu zu beleben, sind in dieser Form ganz neue Akzente.

Susan Neiman: Darf man ergänzen, dass das eine glatte Lüge von Trump ist? Etliche Studien zeigen schon, dass die Arbeiter der alten Industrien absolut nichts von Trumps Steuerreform haben und ebenso wenig von seinem Versprechen, die alten Industrien wiederzubeleben. Von seiner Politik profitieren weniger als 1% der US-Bürger, allenfalls 0,001 Prozent.

Welf Werner: Nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte sich der gesellschaftliche Konsens, weiter in Richtung Marktwirtschaft zu gehen. Marktwirtschaft weht aber auch mit sehr kühlem Wind; da kommt es auch zur *creative destruction*, eine schöpferische Zerstörung, wie es der österreichische Ökonom *Schumpeter* nannte. Einzelne Branchen scheitern, es gehen ganze Sektoren der Wirtschaft kaputt, und dabei gehen auch die Jobs vieler Beschäftigter verloren.

Das wirtschaftspolitische Rezept der letzten 70 Jahren war eben nicht, die alten Branchen unbedingt aufrechtzuerhalten, vielmehr sollten die Menschen in den USA dabei unterstützt werden, sich auf den Strukturwandel einzustellen, insbesondere durch Bildung, aber natürlich auch mit *health care*, besserer Gesundheitsfürsorge. Die USA reagierten auf den kalten Wind des Kapitalismus: auch sie haben mit der Etablierung eines Wohlfahrtsstaates nach dem Zweiten Weltkrieg geantwortet. Das war der *social contract*: Wir erlauben Wettbewerb, national und international, dieser Wettbewerb ist eine Herausforderung für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber wir ermöglichen ihnen auch, in diesem Wettbewerb zu bestehen. Und natürlich galt: *a rising tide lifts all boats*, die Flut lässt alle Boote schwimmen. Das war so in den 1950er und 1960er Jahren, aber in den letzten 30 bis 40 Jahren immer weniger. Und natürlich ist die Trump-Strategie vollkommen falsch. Man wird die Kohle- und Stahlindustrie nicht bewahren können, in diesen Branchen ist ein Einkommen in der Höhe, wie es die Amerikanerinnen und Amerikaner erwarten, nicht mehr zu erzielen.

Josef Braml: Wir sehen in allen OECD-Staaten rückläufige Realeinkommen der Beschäftigten. In Europa wird dies zum Teil durch Sozialpolitik ausgeglichen, finanziert durch Steuereinnahmen der Staaten. In den USA belasteten die Menschen, um zahlungsfähig zu sein, ihre Kreditkarten und nahmen Hypotheken auf ihre Häuser auf. So entstand eine Immobilienblase. *Make your home take you on vacation* – dein Haus hilft dir, einen Urlaub zu finanzieren. Bis zum Platzen der Kreditblase in den Jahren 2007/2008 trieben diese Kredite den amerikanischen Konsum ungefähr zu drei Vierteln, so die Analyse des Nobelpreisträgers *Joseph Stiglitz*. Es ist frappierend festzustellen, dass die amerikanische Wirtschaft zu zwei Dritteln vom Konsum getrieben wird und dass dieser Konsum wiederum zu drei Vierteln von einer Aufblähung der Kredite getrieben wird, also von den Dollar-Währungsreserven Chinas und Europas, von Ländern also, die auf Konsum und Investitionen verzichtet haben und es dem ›Land der Freien‹ geliehen haben.

So waren die Verhältnisse bis 2007/2008. Dann kam die große Krise, und man reagierte alles andere als marktwirtschaftlich. Ein Prozess der ›schöpferischen Zerstörung‹ hätte bedeutet zu sagen: es gab Fehlentscheidungen und man lernt daraus. Die reine kapitalistische Lehre würde verlangen, keine Fehlanreize zu bieten, kein *moral hazard* zu ermöglichen. Stattdessen praktizierte man Sozialismus auf hohem Niveau: Die beteiligten Banken waren *too big to fail*, sie waren zu

groß, um sie einfach fallen zu lassen. Also hat man sie mit Steuergeldern vor dem Zusammenbruch gerettet und ein paar wenigen Banken noch mehr Geld zum Zocken gegeben. Das haben die Amerikaner allerdings gemerkt! Viele befanden nun, *this system is rigged*, sie gaben dem Staat die Schuld, wie so oft in Amerika. Dann kam Trump, sah und siegte: Er gab den Leuten recht und sagte: Dieses System ist gegen euch gerichtet, ich weiß, wovon ich spreche. Außerdem kam von *Bernie Sanders* die perfekte Wahlkampfhilfe für Trump, indem er Hillary Clinton wegen ihrer Verbindungen zur Wall Street-Elite angriff. Trump dagegen sagte: Mich kann keiner kaufen, ich habe selber Geld genug. Ich werde den Geldsumpf austrocknen, *drain the swamp*.

Trump's Problem ist nun aber, dass die Wall Street noch mehr Liquidität will, die Öl- und Gasindustrie noch mehr Subventionen verlangt und weniger Steuern zu zahlen bereit ist. Und ein weiterer Wirtschaftsbereich stellt kostspielige Forderungen: der *militärindustrielle Komplex*. Dieser in der Friedensforschung geläufige Begriff ist heute nützlicher denn je.

Susan Neiman: Präsident *Eisenhower* hat ihn 1961 erstmals benutzt.

Josef Braml: Der Begriff ist heute relevanter denn je. Es geht inzwischen nicht mehr um das Verhältnis zu Russland, sondern um China. Man sehe sich die Rüstungsexporte der USA an: Trump ist gut fürs Geschäft. Und die neue Konstellation, zwischen China und den USA, ist sehr bedrohlich. Zwischen allen genannten Befunden gibt es einen Zusammenhang, nichts daran ist Zufall.

Susan Neimann: Ich bin fast mit allem einverstanden, nur bleibt noch unerklärlich, warum dieser Präsident im Amt bleiben kann. Mag er auch öffentlich gegen Korruption in der Politik und die wachsende Ungleichheit aufgetreten sein: Es ist ja offensichtlich, dass dieser Mann korrumpiert ist wie kein Politiker, den wir je in diesem Amt gesehen haben. Niemand hat so offensichtlich alle Regeln des Anstands gebrochen und sich so wenig um die Arbeiter gesorgt wie Donald Trump.

So bleibt die Frage nach den tieferen Gründen für den Wahlerfolg Trumps, die wir – jene 60% der US-Amerikaner, die keine Trump-Anhänger sind – uns stellen. Da kann man, glaube ich, nur antworten: Es geht hauptsächlich um *Rassismus*, es geht um ein *backlash* gegenüber *Barack Obama*. Nach der Wahl von Donald Trump habe ich im Rahmen eines Forschungsprojekts sechs Monate in Mississippi verbracht. Thema ist die Aufarbeitung der Vergangenheit bzw. deren Verweigerung. In Mississippi kann man erfahren, dass im Süden immer noch eine starke Angst vor Schwarzen und Latinos herrscht, dass entsprechende Vorurteile fortbestehen. Der Kern, der wahre *spirit* der durchaus legitimen Kritik an der Wirtschaft ist die kaum aufgearbeitete jüngere Zeitgeschichte der USA.

Josef Braml: Trump hat die Revolutionsstimmung erkannt, dies in demagogischer Weise gedeutet und auf einen einfachen Nenner gebracht: Andere sind schuld: die Schwarzen, Braunen und Gelben. Die wollen euch die Jobs wegnehmen. Unter Obama waren mehr Afroamerikaner wirtschaftlich erfolgreich, und es waren viele von Abstiegsängsten erfüllte Weiße aus der Mittelschicht, die Trump auf den demagogischen Leim gingen: Andere wollen euch etwas wegnehmen, besonders die internationalen Wettbewerber. Darin wurden sich dann alle Kandidaten einig. Auch Bernie Sanders wettete im Wahlkampf gegen China, und *Hillary Clinton* betrieb ebenfalls massiv *China bashing*.

Peter Schneck: Es hört sich erschreckend plausibel an, was da passiert ist. Dazu muss man sich vor Augen halten, dass Trump die Wahl eigentlich gar nicht gewonnen hat. Es ist daran zu erinnern, dass eine Mehrheit der Wähler Trump nicht



Peter Schneck

gewählt hat. Die Wahl hätte ein anderes Ergebnis haben können. Nachdem zwei Jahre vergangen waren, hofften viele, dass bei den *midterm elections* deutlich werden würde, dass es anders hätte ausgehen *müssen*.

Lassen sich die jüngsten *midterms* etwa als Testlauf für einen bestimmten politischen Diskurs verstehen? Auf der einen Seite haben wir neue Wahlergebnisse, auf der anderen Seite interessieren uns die kulturellen Auswirkungen dieses Wahlkampfes. Wie reagierte die Wählerschaft auf die erfolgte oder ausgebliebene Umsetzung der Versprechungen und auf das Verhalten des Präsidenten in den ersten zwei Jahren seiner

Amtszeit? Die große Hoffnung der Demokraten war, eine starke Gegenreaktion zu erleben. Das Ergebnis ist gemischt, um es vorsichtig auszudrücken. Wie schätzen Sie das ein?

Susan Neiman: Am Abend der *midterms* verfolgte ich die Wahlberichterstattung bei Freunden in New York im Fernsehen. Einer von ihnen, ein Engländer, der seit über 40 Jahren in den USA lebt und an der Columbia Universität lehrt, wurde

zusehends deprimierter. Er habe so sehr gehofft, dass die Wahl Trumps sich als ein Unfall, als Panne, herausstellen würde. Jetzt aber zeige sich, dass Trump wirklichen Rückhalt bei seinen Wählern habe. So war zunächst auch mein Gefühl und das der Menschen in meiner engsten Umgebung. Später sprach ich mit einer Freundin aus Detroit, die viel im Süden arbeitet und dort als Aktivistin anti-rassistische politische Arbeit leistet. Sie meinte: An der Ost- und der Westküste kapieren die Leute einfach nicht, was wirklich los ist!

Ich selbst habe den Wahlausgang vor zwei Jahren keineswegs als Panne verstanden. Jetzt sehe ich den Ausgang der *midterm*-Wahlen eher positiv, denn im tiefsten Süden haben vier fortschrittliche Kandidaten *fast* gewonnen, drei davon sind schwarz. In Florida und Georgia, wo nachweislich Wahlfälschungen stattfanden, unterlagen andere mit weniger als 1% Rückstand, und auch in Mississippi und Texas war es sehr knapp. Viele interessante, neue Kandidaten sind Frauen. Es bewarb sich auch die erste *Native American woman*. Es gibt neue, junge Leute, die in die Politik gehen – aus Protest, weil sie verstanden haben: Es geht nicht nur um die Politik auf der Ebene der Nation, es geht um die bundesstaatliche Politik, weil die Bundesstaaten die Wahlgänge bestimmen. Die Demokraten haben bei den *midterms* elf Millionen mehr Stimmen bekommen und trotzdem im Kongress prozentual nicht viel gewonnen. Die Demokraten haben endlich verstanden, was die Republikaner seit Jahrzehnten wussten: Man muss unten anfangen, in den Bundesstaaten. Das ist jetzt passiert – also ich bin nicht so pessimistisch.

Welf Werner: Die USA haben ein Problem, das bereits in den 1970er und 1980er Jahren begonnen hat. Seit damals war zu beobachten, dass die Einkommen jedes Jahr ungleicher wurden. Immer weniger Amerikanerinnen und Amerikaner haben am wirtschaftlichen Aufstieg partizipiert. Es gab in den letzten 40 Jahren stets einen wirtschaftlichen Aufstieg, aber die Teilhabe der Amerikanerinnen und Amerikaner ging Jahr für Jahr zurück. Das ist aus wirtschaftlicher und aus sozialer Sicht das eigentliche Problem. Diese Entwicklung beobachteten Sozialwissenschaftler seit den frühen 1980er Jahren, und wir haben uns fast daran gewöhnt. Irgendwann musste eine politische Reaktion darauf erfolgen. Die Wahl Trumps ist bestimmt nicht die angemessene politische Antwort, aber es war klar, dass es nicht weitergehen konnte wie zuvor.

Schließlich kam 2008 die große Wirtschaftskrise hinzu. Zu diesem Zeitpunkt hatte ein Großteil der Amerikanerinnen und Amerikaner – mehr als die Hälfte – über eine Generation keine Einkommenszuwächse mehr gesehen, und das in einem Land, wo seit 250 Jahren jede Generation ihr Einkommen im Vergleich zur vorigen etwa verdoppeln konnte. Während der letzten Jahrzehnte geschah etwas Grundlegendes: Der ›Amerikanische Traum‹ wurde, was die Einkommensentwicklung angeht, nicht fortgeschrieben. Noch dramatischer ist das Bild, wenn man den *American dream* in seinem Kern, der sozialen Mobilität, betrachtet. In

den regelmäßigen PISA-Studien, die auch die Chancen von Kindern aus bildungsfernen Familien ermitteln, das Abitur und einen Studienabschluss zu erreichen, rangieren die USA auf Platz 34 von 35 – und das als eines der reichsten Länder der Welt! Dort gibt es eine ganze Generation, die nicht am wachsenden Wohlstand partizipiert hat, und es gibt eine weitere Generation, die heute aufwächst und die real, im Vergleich zu allen anderen reichen Ländern dieser Welt, kaum Chancen hat, soziale Mobilität zu leben. Das aber ist der Kern der amerikanischen Identität, auch ihrer kulturellen.

Im 20. Jahrhundert wurden Krisen im Nordatlantikraum in den USA auf zweierlei Art beantwortet. In den Zwischenkriegsjahren hieß es: Wir haben Feinde im Ausland, wir sehen auch ethnische Feinde in unserer Bevölkerung, wir ziehen unsere Grenzen hoch. Die moderne Antwort nach dem Zweiten Weltkrieg lautete hingegen: Wir öffnen uns der Welt, wir schaffen einen Sozialstaat, wir schaffen Möglichkeiten der Partizipation. Die Demokraten haben im letzten Präsidentschaftswahlkampf für Bildung und *health care* geworben. Sie sind damit konsequent auf dem Weg geblieben, den der *social contract* nach den Zweiten Weltkrieg vorgab. Der Kandidat Trump dagegen bot Lösungen wie in den Zwischenkriegsjahren an: Grenzen schließen und im Inneren keine Duldung angeblicher, ethnisch markierter Feinde. Wir müssen also nicht nur über Donald Trump nachdenken, sondern sehr ernsthaft über soziale Mobilität, über Chancen und über Einkommensungleichheit in den USA. Ich glaube, das wird die nächste große Aufgabe sein, auch in vielen anderen westlichen Industrieländern.

Josef Braml: Ich nahm bis zum April des Wahljahres noch an, dass *Hillary Clinton* siegreich sein würde. Sie machte zwar Fehler, aber, so dachte ich, die Latinos würden wegen des Rassismus ihres chauvinistischen Gegenkandidaten dafür sorgen, dass er scheitert wie andere zuvor. Ich habe allerdings unterschätzt, dass die Latinos und die schwarze Bevölkerung von ihrem einstigen Hoffnungsträger Obama enttäuscht waren. Viele dieser früheren Wähler der Demokraten nahmen nicht an der Wahl teil. Total unterschätzt blieb auch der Umstand, dass viele, die sich enttäuscht aus dem System verabschiedet hatten, von Trump wieder mobilisiert werden konnten. Bei den Zwischenwahlen kam dann noch die ungewollte Unterstützung der #MeToo-Bewegung für Trump hinzu. Die *Supreme Court*-Kandidatur von Richter *Brett Kavanaugh*, dem eine versuchte Vergewaltigung vorgeworfen wurde, blieb bestehen, und das ließ den Kulturkampf wiederaufleben. Die Anhänger der *Christian Right*, die Trump schon einmal gewählt hatten, erkannten in Kavanaugh den einzigen Kandidaten, der für das ›Recht auf Leben‹ stehe und gegen Abtreibungen eintreten werde. Trump hatte christlich-rechten Führern im Gegenzug zu deren Unterstützung zugesagt, nur ihnen genehme Kandidaten für den *Supreme Court* zu nominieren. Diese Fragen bewegen Amerika, das sind *moral issues*, und das entsprechende Wirken der *Christian Right* hat

Trump ins Weiße Haus gebracht. Das haben viele unterschätzt, die Amerika nicht als religiöses Land wahrnehmen.

Vier von zehn Wählern und Wählerinnen, die Mehrheit der weißen Wählerinnen, haben Trump gewählt. Hillary Clinton dagegen war klar den jüngeren Frauen verpflichtet, der liberalen Agenda und dem Recht auf Abtreibung. Bei den Zwischenwahlen ging zwar



Josef Braml

die republikanische Mehrheit im Abgeordnetenhaus verloren, aber Trump hat doch erstaunlich wenig verloren. Und weil er die Senatsmehrheit verteidigt hat, muss er sich keine Sorgen wegen eines drohenden *impeachment*, eines Amtsenthebungsverfahrens, machen. Er kann weiterhin Regierungsämter besetzen und Richter nominieren. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit seiner Wiederwahl. Ich gehe davon aus, dass er wiedergewählt wird. Nicht nur, weil er reichlich

Wahlkampfspenden erwarten kann, auch die *Christian Right* wird weiterhin für ihn brennen. Die Demokraten haben bei den Zwischenwahlen bestenfalls einen Pyrrhussieg errungen. Die Staatsausgaben für Investitionen in die Infrastruktur wie die Autobahnen zu erhöhen, wie sie es fordern, werden die Republikaner nicht mitmachen, sie sind allenfalls für Steuererleichterungen zu haben.

Susan Neiman: Ich muss der Annahme widersprechen, dass bei den *midterms* dieses Mal verstärkt die *have-nots*, die wirtschaftlich Abgehängten, wählen gingen. Über die Hälfte der Trump-Wähler hat nämlich einen Uni-Abschluss und verfügt über ein überdurchschnittliches Einkommen. Das ist ähnlich bei den deutschen AfD-Wählern.

Josef Braml: Trump hat zweifellos viele Wähler neu mobilisiert, und man sollte auch die hiesigen Demagogen und Populisten nicht unterschätzen, denn sie werden ebenfalls viele Anhänger mobilisieren. Wir dürfen nicht träumerisch darauf hoffen, dass diese dann *nicht* wählen gehen.

Susan Neiman: Umgekehrt ist es gefährlich anzunehmen, dass die Trump-Wähler *nicht* gebildet und wohlhabend seien. Über ihr soziales Herkommen gibt es etliche Studien. Im Übrigen sind viele aus den Gruppen der Schwarzen, der *hispanics* und der jungen Leute auch deshalb nicht wählen gegangen, weil sie sich gut daran erinnerten, wie Hillary Clinton Wahlkampf gegen Barack Obama geführt hat. Das war ein hässlicher, zum Teil rassistischer Wahlkampf.

Josef Braml: Hillary Clinton konnte aber die Vorwahlen nur gewinnen, weil auch viele der Latinos und der schwarzen Bevölkerung sich für sie und gegen Bernie Sanders entschieden.

Peter Schneck: Ich möchte gern weitere Themenbereiche ansprechen. Zum einen den massiven Abbau bzw. Umbau der politischen Institutionen, mit dem Amerika vermutlich die nächsten zwei Jahre oder länger zu tun haben wird. Dieser Umbau wird Wahlgewinne für die Demokraten wohl noch schwieriger machen, weil hier nicht nur Institutionen betroffen sind, sondern auch die kulturelle Atmosphäre. Dafür wesentlich ist zweitens auch das Bildungswesen, für das *Betsy DeVos* zuständig ist. – Was ist im Bildungsbereich geschehen, was hat die Ministerin hier bewirkt?

Weitere Stichworte sind Deregulation, Migrationspolitik, die Besetzung von Richterstellen und schließlich noch die Frage nach der Positionierung in der Umweltpolitik. Und auch die Frage nach den Auswirkungen der ersten zwei Jahre der Präsidentschaft Trumps auf die internationale Politik und die Wahrnehmung der USA durch andere ist noch unbeantwortet. In einigen Bereichen wurden Erfolge vermeldet, Wahlversprechen seien erfüllt worden, hieß es. In anderen Bereichen ist das fraglich. Man denke an die *tax reform*, die wirtschaftliche Deregulierung. Haben die klassischen Industrien davon profitiert?

Welf Werner: Zeitlich passend zu den *midterms* herrschte eine sehr gute wirtschaftliche Situation in den USA vor. Für 2018 wurden etwa 3% Wirtschaftswachstum und eine Arbeitslosigkeit von 3,7% registriert, die niedrigste Rate seit 49 Jahren. Von außen betrachtet zeigen die Wirtschaftsindikatoren an, dass es dem Land sehr gut geht. Natürlich vernehmen auch die Amerikanerinnen und Amerikaner laufend im Fernsehen diese Meldungen. Aber alle wissen, dass die Kernzahlen für Wachstum und Arbeitslosigkeit nicht die ganze Wahrheit verrä-

ten. Zwar gehen Wirtschaftswissenschaftler davon aus, dass ein Wirtschaftswachstum irgendwann auch in den Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger ankommt. Das war aber über Jahrzehnte eben nicht der Fall. Erst seit wenigen Monaten wird auch über Lohnsteigerungen berichtet. Insofern reichen Wach-



Welf Werner

tumszahlen allein zur Klärung der Situation nicht aus. Ein alarmierendes Phänomen ist die sinkende Arbeitsmarkt-partizipation. Wir betrachten immer gern nur die Arbeitslosigkeit, also die Zahl derer, die keine Arbeit haben, aber Arbeit suchen. Wer dabei lange erfolglos bleibt, gibt die Suche irgendwann auf; je mehr Leute frustriert und deshalb nicht länger arbeitssuchend sind, desto geringer wird, statistisch gesehen, die Arbeitslosigkeit. In den USA liegt der Anteil der Bevölkerung, der entweder Arbeit hat oder Arbeit sucht, nur noch bei 62%. Das ist im internationalen Vergleich ein sehr niedriger Wert.

Welche Rolle spielen in den USA überhaupt Wirtschaftsthemen? Hier ist festzustellen, dass die Trump-Administration viele ihrer Programmpunkte durchsetzen konnte. Es gab die größte Steuerreform seit 1986, bei der enorm viel bewegt wurde – unabhängig davon, wie ihre Wirkungen zu beurteilen sind. Der seit den 1970er Jahren zu beobachtende Trend zur Deregulierung wird fortgesetzt. Die Trump-Administration ist dabei, Restriktionen bei der Migration durchzusetzen; die Zuwanderung ist deutlich gesunken. Im Bereich des Handels schlägt die Trump-Administration neue Wege ein, insbesondere was China betrifft, aber auch was Europa angeht. Und auch im Bereich Umwelt und Gesundheit sind vollkommen neue Weichenstellungen erfolgt. Das kommt bei der Basis an.

In allen genannten Punkten gab es aus meiner Sicht falsche Signale, falsche Weichenstellungen, aber sie stehen für das, wofür Trump gewählt wurde, und: *he delivers*. Das ist gefährlich und wird gefährlich bleiben.

Nach den *midterms* steht nun die Möglichkeit offen, dass Trump mit den Demokraten zusammenarbeitet, denn ein Versprechen hat er noch nicht eingelöst: Infrastrukturmaßnahmen zu ergreifen. Hier war ihm seine eigene Partei bisher nicht hilfreich, aber die Demokraten wären möglicherweise dazu bereit. Natürlich kommen sie hier in eine schwierige Situation, denn auch sie haben immer Infrastrukturmaßnahmen gefordert, und nun müssen sie dabei womöglich mit dem 45. Präsidenten zusammenarbeiten – oder es eben lassen. Zusammengefasst: Auf wirtschaftlichem Gebiet hat die Trump-Administration ihre Wählerbasis aktivieren können. Vor diesem Hintergrund ist es fast erstaunlich, dass seine Ergebnisse bei den Halbzeitwahlen nicht besser waren.

Josef Braml: Zur Frage nach der Außenpolitik: Was den Freihandel angeht, so waren die Demokraten schon immer dagegen. Obama wurde sogar von gewerkschaftsnahen Demokraten seiner eigenen Partei gebremst. Nun gibt es mit Trump, der noch stärker gegen Freihandel ist, weltwirtschaftlich ein noch größeres Problem. Und von den Demokraten ist nicht zu erwarten, dass sie dieses Problem für uns lösen. Meine Prognose ist: *America first* geht weiter, schärfer als bisher. Darüber Klarheit herzustellen ist wichtig. Unsere Eliten und Entscheidungsträger klammern sich dagegen noch an das Wunschdenken, dass alles schon irgendwie geregelt werde, durch *checks and balances*, und dass der Kongress Trump dabei bremsen wird. Nein, das wird nicht eintreten. Nach den Wahlen hat Trump erst recht eine breite Basis für *America first*, für diesen protektionistischen Kurs.

Peter Schneck: Wenn die Demokraten Trump in Fragen der Infrastruktur unterstützen, werden sie für diese Unterstützung Gegenleistungen verlangen ...

Josef Braml: Die bekommen sie, wenn sie für ihre Wähler etwas bringen. In Amerika gibt es keine Parteien, sondern nur bessere Wahlvereine. Jeder Abgeordnete achtet zuerst darauf, was in seinem Wahlkreis passiert. Wenn er eine Autobahn durch sein Dorf bauen kann und dadurch viele Arbeitsplätze in seinem Einzelstaat entstehen, dann votiert er dafür. Da verhandelt keine Partei, was sie für ihre Zustimmung bekommt, sondern jeder Einzelne, der in zwei Jahren wieder mindestens drei Millionen Wahlkampfspenden einwerben muss, ist bemüht, seinen Sitz, also seine eigene persönliche Zukunft, abzusichern und zu verteidigen. – Diese Abgeordneten sind reife Früchte für Donald Trump.

Peter Schneck: Also sollten wir keine Hoffnung auf die frisch gewählten Mandatsträger setzen?

Josef Braml: Hoffen können wir. Aber unsere Strategie als Land, das davon betroffen sein wird, sollten wir nicht auf Hoffnung gründen, sondern auf nüchterner Analyse.

Peter Schneck: Nach seiner Inauguration ging Trump vom zurückliegenden Wahlkampf sofort in den nächsten über. Er macht praktisch ständig Wahlkampf und trägt so zur weiteren Polarisierung bei. Wie kann die internationale Gemeinschaft auf diese Politik reagieren, was müsste sie tun? Wie viel Spielraum gibt es überhaupt, sich der brachialen Machtpolitik Trumps zu entziehen? Besonders hinsichtlich der Umweltpolitik fällt es schwer zu erkennen, wie hier künftig noch Rationalität walten kann. Ein anderes Beispiel ist das eklatante Fehlverhalten im Zusammenhang mit der *Khashoggi*-Ermordung. Präsident Trump gab – trotz Information durch die CIA – dem ökonomischen Gewinn aus Geschäften mit Saudi-Arabien den Vorrang vor dessen Verurteilung. Das war in vieler Hinsicht ein eklatanter Verstoß gegen die Normen in der internationalen Gemeinschaft. Wie sollten wir darauf reagieren?

Susan Neiman: Es ist kein Zufall, dass Trump Europa *hasst*, denn Europa steht für etwas, das ihm zuwider ist: erstens für Bündnisse, die tatsächlich Bündnisse sind und nicht nur Kampfmöglichkeiten, zweitens für einen starken Sozialstaat, drittens für eine multikulturelle Pluralität vieler verschiedener Kulturen – unter dem Dach einer Union. Das mag als ein extrem idealistisches Bild von Europa erscheinen. Wir wissen und können ständig in der Zeitung lesen, wie oft dieses Bild nicht der Wirklichkeit entspricht. Nur, es *könnte* so sein, und ich denke, Europa ist tatsächlich, wie man das auf Englisch sagen würde, *the last best hope of human kind*. Wenn die Europäer das endlich verstehen und die kleinen Streitereien zwischen ihren verschiedenen Ländern beiseitelegen, dann gibt es eine Chance, nicht nur innerhalb Europas, sondern auch für die Welt. Das gilt natürlich auch für die Umweltpolitik. Es ist eine Schande, dass Deutschland seine eigenen Standards jetzt nicht erfüllt, obwohl hier die Umweltpolitik besser als in vielen anderen Ländern ist. Dieses Land sollte aber wenigstens die eigenen Standards erfüllen.

Ich bin nicht so pessimistisch wie Herr Braml, aber blauäugig bin ich nicht. Es ist fünf vor zwölf oder sogar zwei vor zwölf, sagen die Atomwissenschaftler, nicht nur im Hinblick auf den Klimawandel, sondern überhaupt, wenn es um den Weltfrieden geht. Ein starkes Europa ist wirklich das Einzige, was ein Minimum an allgemeinen Werten aufrechterhalten kann.

Welf Werner: Auch in Europa haben wir allerdings Probleme, wie etwa den Brexit und verschiedene andere Themen, bei denen wir Europäer nicht an einem Strang

ziehen. Wir beklagen den Nationalismus in den USA und sollten uns doch selbstkritisch fragen, ob wir als Deutsche etwas tun können, um dem in diesem Zeitalter des Nationalismus zu begegnen, z.B. mit etwas Selbstkritik.

Prüfen wir einmal die Vorwürfe, die uns aus den USA gemacht werden: einerseits ›unfaire‹ Handelspraktiken, andererseits ein zu geringer Beitrag Deutschlands und Europas zu den Rüstungsausgaben und damit zu den Friedensbemühungen der NATO. Als Ökonom kann ich sagen: Der enorme Handelsüberschuss, den Deutschland seit der Eurokrise regelmäßig erzielt, macht etwa 7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Nur ein einziges Land der Welt erreichte einen ähnlich großen Handelsüberschuss über längere Zeit, das war China. Solche Handelsüberschüsse sind über längere Zeit nicht nachhaltig. Wir verkaufen so viel mehr, als wir einkaufen, insbesondere an die Krisenländer im Süden, aber auch an die USA. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland als große Exportnation hier eine Position einnimmt, die auch weitsichtige Ökonomen wie *Joseph Stiglitz* oder *Paul Krugman* als unhaltbar ansehen. Und sollte Deutschland nicht auch an den NATO-Ausgaben und ihren Bemühungen stärker teilhaben? Zumal die Ausgaben, die wir tätigen, vergleichsweise gering sind. Hinzu kommt die unzureichende Einsatzfähigkeit der Bundeswehr hinsichtlich ihres Materials, über die immer wieder berichtet wird.

Eine Gefahr im Zeitalter des Nationalismus besteht ja darin, darauf mit dem Pochen auf eigene nationale Interessen und der eigenen nationalen Identität zu reagieren. Als Trump forderte, dass Deutschland mehr Militärausgaben leisten müsste, ging ein Riesenprotest durch die Öffentlichkeit. Wenige Wochen später stellte der Wehrbeauftragte des Bundestages fest, dass die jungen Männer und Frauen, die wir in die Krisengebiete dieser Welt schicken, nicht über die hinreichende Ausrüstung verfügen und deshalb um ihr Leben bangen müssen.

Wir sollten die Konfrontation mit den USA nicht zu weit treiben und im Zeitalter des neuen Nationalismus auch unsere eigene Rolle reflektieren, unabhängig von den Vorhaltungen eines Präsidenten Trump. Nicht alles, was aus dem Ausland kommt, muss deshalb falsch sein.

Josef Braml: Donald Trump hat ein Problem damit, dass Europa, vor allem Deutschland, mehr exportiert, als es importiert. Was er anscheinend nicht versteht, ist, dass Amerika, solange es keine Ersparnisse hat und über seine Verhältnisse lebt, immer ein Außenhandelsdefizit erzielen wird. Bisher war es so: Wir Deutschen sparen wie die Weltmeister, verzichten auf Konsum und auf Investitionen, exportieren wie die Weltmeister, verleihen dann unsere Währungsreserven an die USA, das ›Land der Freien‹, damit Amerika als Staat, aber auch seine Bürger und seine Unternehmen über ihre Verhältnisse leben können. Trump gibt uns jetzt die Chance, endlich damit aufzuhören.

Nach der letzten Wirtschaftskrise 2007/2008 und der ›Korrektur‹ an den Börsen war allein Deutschland um 1.000 Milliarden ärmer – Geld, das in Amerika versenkt wurde. Trump gibt uns den Anstoß, diese makroökonomischen Ungleichgewichte zu korrigieren. Das bedeutet, in Deutschland weniger zu sparen und Amerika zu nötigen, besser hauszuhalten. Wenn wir das Geld in Europa ließen, um jungen Menschen – in manchen Ländern gibt es 30 bis 40% Arbeitslosigkeit – Möglichkeiten zu verschaffen, Jobs zu finden, Infrastruktur aufzubauen, dann würden wir diesen Kontinent wetterfest machen, auch gegen Nationalisten, die es bei uns gibt. Wir haben nur noch wenig Zeit, um den Geburtsfehler einer reinen Wirtschaftsunion zu überwinden und aus dieser eine politische Union zu entwickeln, mit einem gemeinsamen Budget. Man kann durchaus auch Eurofonds auflegen für die Zukunft, vielleicht sogar für die Verteidigung, denn manchmal braucht es auch Rüstigkeit, um Frieden zu wahren oder sich für Menschenrechte einzusetzen. Ich glaube, das ist die Chance Europas.

Publikum: Ganz sicher hat Präsident Trump die beschriebene Spaltung seines Landes noch befeuert. In Mississippi, wo ich ein Jahr lang studiert habe, waren die Aktivitäten einer Gegenbewegung zur *Black Lives Matter*-Bewegung namens *White Lives Matter* zu beobachten. Umso befremdlicher für mich war die Meldung, dass vor kurzem drei Konzernchefs deutscher Automobilhersteller einer Einladung Trumps ins Weiße Haus gefolgt sind. Da für Handelsbeziehungen mit den USA die EU zuständig ist, muss man das wohl als Kompetenzüberschreitung und Amtsanmaßung bewerten.

Susan Neiman: In Mississippi ist vieles wirklich ganz anders als in anderen Teilen der USA. Einerseits ist es der ärmste Staat, der Staat mit den meisten Schwarzen. Die Gesundheitsvorsorge liegt dort am Boden, und man kann das Schlimmste erleben. In früheren Zeiten geschahen in dem Bundesstaat die meisten Lynchmorde. Andererseits liegen die Verhältnisse ganz offen zutage; man sieht all das, was anderswo verborgen ist.

In den USA herrscht heute eine Art kalter Bürgerkrieg. Dagegen gibt es viel Widerstand, nicht nur von den Schwarzen, sondern auch von weißen Menschen. Jackson, Mississippis Hauptstadt, wird von dem schwarzen Bürgermeister *Chokwe Antar Lumumba* regiert. Seine Eltern gehörten der antikolonialistischen Bewegung *Republic of New Afrika* an. Die politischen Extreme in Mississippi sind stark und sehr offenkundig, was bei den letzten Wahlen, die *Cindy Hyde-Smith* gewann, deutlich wurde.² Immerhin ist ein Schwarzer *fast* Senator geworden. Das sind die Widersprüche in Mississippi, die Hoffnung geben, dort ist es viel interessanter als zum Beispiel in Connecticut.

Welf Werner: Wenn deutsche Automobilproduzenten in die USA reisen und um gut Wetter bitten und ihre Bereitschaft bekunden, die Produktion von anderen globalen Standorten stärker in die USA zu verlagern, dann spielt das dem 45. Präsidenten natürlich in die Hände. Er kann sich der Öffentlichkeit als derjenige zeigen, der solche *deals* aushandelt. Die Vorgeschichte war, dass die USA im Frühjahr 2018 Strafzölle für Einfuhren in den Bereichen Aluminium und Stahl erhoben hatten. Europa erließ daraufhin zur Vergeltung neue Einfuhrzölle für US-Waren, und die USA drohten weitere Vergeltungszölle an. Dabei kam die Automobilbranche ins Gespräch. Strafzölle, wenn sie für die Automobilindustrie kämen, würden Deutschland sehr viel stärker treffen als andere Standorte. Deswegen machten sich die Manager auf den Weg in die USA und versuchten, freundliche Angebote zu unterbreiten. Richtig ist, dass in Handelsfragen die EU verhandeln muss, Deutschland kann nicht eigenständig verhandeln. Als umso wichtiger sahen es natürlich die Konzernlenker an, den direkten Kontakt in die USA zu suchen, um schon im Vorfeld diese Zölle abzuwehren.

Interessanterweise haben wir in Europa höhere Einfuhrzölle, was Autos angeht, insbesondere auch Trucks, als die USA uns gegenüber. Auch wenn wir Präsident Trump nicht mögen, hat er in dieser Hinsicht einen Punkt. Und im Zusammenhang mit dem Handelsüberschuss in Höhe von 7% des BIP ist Deutschland angreifbar. Dem sollten wir uns stellen.

Publikum: Im Unterschied zum deutschen Handelsbilanzüberschuss erwirtschaften die USA seit Jahren ein Handelsbilanzdefizit von 25% und sind im Ausland hoch verschuldet: zwei Billionen Dollar in China, eine Billion in Japan und Taiwan. Wird Trump diese Auslandsverschuldung jemals abbauen können? Will er das überhaupt?

Europa möchte sich gegenüber Trump zwar immer positiv abheben, aber wir sollten gelegentlich an einen gewissen *Berlusconi* denken. Als Trump gewählt wurde, erinnerte mich sein Verhalten, rassistisch, sexistisch, sehr an ihn. Berlusconi wurde in Italien dreimal gewählt. Jetzt haben sie dort die Bescherung, es ist sogar noch schlimmer. Insofern haben wir in Europa auch Probleme mit Leuten, die Trump ganz ähnlich sind.

Welf Werner: Das Handelsbilanzdefizit der USA lag vor der Krise von 2008 recht hoch bei 5-7% des BIP, es war ähnlich hoch wie der Überschuss in China und in Deutschland. Infolge der Krise und der Entwicklung seither hat sich das Defizit auf jetzt 2% reduziert, was ein Land wie die USA über Jahre und Jahrzehnte durchaus aushalten kann. Das US-Handelsdefizit trat in den frühen 1980er Jahren ein, davor gab es während des 20. Jahrhunderts fast immer einen Handelsüberschuss. Das aktuelle 2%-Defizit ist im Rahmen, aber es kann sich ändern – nicht

nur durch die Verhandlungen, die Trump mit Chinesen, Europäern oder Deutschen führt, sondern durch sich verändernde makroökonomische Rahmendaten. Die Amerikanerinnen und Amerikaner müssten mehr sparen und die Chinesen weniger. Das gilt auch für Deutschland, wir müssten weniger sparen, mehr kaufen. Dazu kann die Wirtschaftspolitik Anreize bieten. Eine Steuerreform kann so gestaltet werden, dass sie Anreize zum Sparen schafft. Das Gegenteil hat die Trump-Administration getan. Sie gab Anreize, zu investieren, zu konsumieren und dafür, das Kapital wieder zurück ins Land zu bringen. Trumps Steuerreform wirkt einem ausgeglichenen Handel genau entgegen. Das ist das Interessante an dieser Administration: dass sie weltweit auftritt und sich für fairen Handel ausspricht, aber in ihrer makroökonomischen Politik gegenläufige Effekte erzielt. Die Frage ist offen, ob sich das jemals ändern wird.

Susan Neiman: Donald Trump *liebt* Schulden, das zeigt seine Karriere als Geschäftsmann. Er hat sich nur über Schulden finanziert, sie schrecken ihn nicht. Mehr als tausend Psychotherapeuten haben ja die Gesetze der Psychotherapeutischen Gesellschaft gebrochen, als sie eine Ferndiagnose über Trump stellten, derzufolge sein Verhalten überhaupt keine anderen Ziele erkennen lasse, als sich und möglicherweise seine Familie zu bereichern. Darüber wird ja auch regelmäßig berichtet. Patriotismus setzt er nur ein, wo es ihm persönlich Vorteile bringt. Ich möchte Menschen wie Reagan oder gar Bush nicht loben. Sie erscheinen ohnehin heutzutage in viel zu gutem Licht, einfach weil sie netter waren als Trump. Aber eine vage – wenn auch krude und uninteressante – Form von Patriotismus konnte man ihnen abnehmen. Vergessen wir nicht, Trump war schon siebzig, als er Präsident wurde, da hatte er eine lange Lebensstrecke hinter sich, und darin gab es absolut kein Anzeichen dafür, dass er sich um irgendwas gekümmert hat als um das krasseste materielle Eigeninteresse und das seiner Familie. Die Zukunft des Landes interessiert ihn gar nicht.

Josef Braml: Wenn jetzt die *babyboomer* in Rente gehen, mit einer nur unzureichenden Krankenversicherung, *Medicare* oder *Medicaid*, dann wird Amerika in 15 Jahren handlungsunfähig sein. Das sagt eine Analyse des *Congressional Budget Office*. Schon unter Obama und Bush ist das Haushaltsdefizit von 10 auf 20 Billionen Dollar verdoppelt worden. Trump wird durch seine Steuererleichterungen eine Billion hinzuaddiert haben. Diese Entwicklung geht weiter, indem man weiterhin Geld druckt. Sobald aber die Zinsen für langfristige Kredite ansteigen, wird die Schuldenlast drückender. Da hilft es, dass Amerika weiterhin die Weltleitwährung hat. Deswegen das Plädoyer: Man kann Europa nur stark machen, indem man es wirtschaftlich stark macht und den Euro als Weltleitwährung mit aufbaut, damit wir unsere Werte erhalten können.

Für Trump sind Medien sehr wichtig, er hat verstanden, dass es heute keine Rolle mehr spielt, ob die *New York Times* an Auflagenhöhe gewinnt oder verliert. Trump agiert viel lieber mit den neuen Medien, und er beherrscht sie. Er hat die Mediendemokratie gelernt, er weiß, wie man jeden bei der Stange halten kann, ob Milliardäre oder weniger Gebildete. Er weiß, wie man Tabus brechen kann, um die Leute zu gewinnen. Er weiß, wie er in dieser Welt Realität schaffen kann. Medien können Realität definieren, und Trump sagt: Die glauben, was ich ihnen definiere. Das ist das Gefährlichste ...

Es braucht viel Ignoranz und Arroganz der Etablierten, um einen Milliardär wie Trump mit Leuten gleichzusetzen, die sich nicht ernst genommen fühlen. Je stärker die *New York Times* und andere Etablierte ihn herunterschrieben, desto besser konnte er sich mit denen gemein machen, die sich auch nicht ernst genommen fühlten, den *Hillbillys* oder den Christlich-Rechten.

Trump bietet Identität; Leute, die ihn getroffen haben, sagen: Der ist wirklich reell, wenn er mit Bauarbeitern redet. Wenn da z.B. ein Lastwagen am Weißen Haus vorfährt, dann investiert er eine halbe Stunde für ein Gespräch, kümmert sich um kein Protokoll. Hillary Clinton war dagegen sehr unbeweglich im Umgang mit Leuten. Und Trump nutzt geschickt die Sozialen Medien, zusammen mit den Analysetools, die wir gar nicht alle kennen; die Enthüllungen über die Firma *Cambridge Analytica* waren nur die Oberfläche. Wie er da jeden umwirbt, egal, ob er viel Geld hat oder wenig und wenig gebildet ist; er gibt jedem das, was der kognitiv verarbeiten kann, um diese Realität zu verstärken. Das ist nicht zu unterschätzen, und dazu sind eben auch hiesige Demagogen imstande. Und wer noch Nachhilfe braucht, bekommt sie von *Steve Bannon*, dem Chefstrategen und Berater Trumps. Er will jetzt aus den Nationalisten Europas eine Internationale machen. Das Ziel ist, Europa zu zerteilen, um es besser beherrschen zu können. Trump sieht China und Europa als Rivalen in dieser Welt, und er will es zerteilen und kriegt Hilfe von diesen Leuten, die auch mit sehr viel Geld unterstützt werden.

Publikum: Als Deutsche und als Europäer haben wir offenbar ein Problem mit diesem ›großen Bruder‹. Früher hat er uns beschützt, jetzt nutzt er uns manchmal aus, weil er der Stärkere ist. Müssen wir nicht zumindest in ökonomischer Hinsicht feststellen, dass die USA uns heute genauso fern- oder nahestehen wie die Chinesen oder die Russen?

Welf Werner: Ich denke, die transatlantischen Beziehungen sind nach wie vor nicht ersetzbar, *indispensable*. Sie sind schwieriger geworden, aber wenn wir uns in der Welt umschauen und auch an die Zeit nach Trump denken, dann ist immer noch eine große und stolze Demokratie in Nordamerika zu erkennen, mit sehr viel Tradition und Substanz, trotz allem, was jetzt passiert. Wohin schauen wir, wenn wir uns als Deutsche und Europäer in der Welt umgucken? Wir werden noch lange

in die USA schauen und uns lange noch auf die USA verlassen müssen. Die Franzosen haben mal errechnet, was es kosten würde, eine eigene Militärstärke aufzubauen, unabhängig von der NATO; es kostete sie etwa 7% ihres BIP. Deutschlands Ausgaben sind weit geringer als 2%. Trotz der Stürme, die im Nordatlantik wüten, gibt es nach wie vor eine starke Wertegemeinschaft. Wir sollten über den Tag hinausschauen, diese Werte bewahren und als Zivilgesellschaft wieder dafür einstehen. Nicht nur in den USA, auch in Deutschland und in Europa liegt einiges im Argen. Wir können als Zivilgesellschaft nur darauf reagieren, indem wir die Herausforderungen sozialer Ungleichheit und nicht hinreichender sozialer Mobilität sowie Chancen und Partizipation ganz entschlossen angehen und eine zweite Wohlfahrtsstaat-Offensive starten, um die Menschen wieder mitzunehmen. Aber die USA sind unverzichtbar in dieser Welt, trotz Donald Trump.

Publikum: Die Empfehlung, dass Europa, um besser bestehen zu können, ein stärkeres Militär aufbauen sollte, ist deprimierend. Wenigstens sollte die Forderung verbunden werden, dann auf eine NATO unbedingt zu verzichten. Die Amerikaner haben genug Waffen für sich, und wir sollten, wenn wir schon hier aufrüsten sollen oder wollen, auf die Vorgaben und Kommandos der Amerikaner in Europa verzichten.

Welf Werner: Wenn Europa militärisch unabhängig sein wollte, ohne die USA, wäre der Kostenrahmen nicht länger 1-2% des BIP. Nur wenn wir bereit sind, bis zu 5-7% unseres BIP auszugeben, könnten wir allein ein Gleichgewicht gegenüber der massiven Aufrüstung herstellen, die Russland betreibt. Und von der Notwendigkeit eines Gleichgewichts der Kräfte bin ich wirklich überzeugt. Damit würden allerdings unsere Möglichkeiten abgeschnürt, eine neue Sozialstaatsoffensive in Gang zu bringen.

Publikum: Ist Trump nicht der schlagende Beweis, dass Soziale Medien die Demokratie gefährden? Bekanntlich hat er im Wahlkampf von der finanziellen Unterstützung durch den Informatiker, früheren Hedgefonds-Manager und Multimilliardär *Robert Mercer* profitiert, der auch *Cambridge Analytica* mitfinanziert hat.

Josef Braml: Die Medien sind ein Teil der amerikanischen Wirtschaft, der absolut vermachtet ist, wohl der gefährlichste Teil. Da herrscht kein Wettbewerb, es gibt Oligopole. Dasselbe gilt für die Öl- und Gasindustrie sowie den militärindustriellen Komplex und die Wall Street. Das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft in den USA ist aus den Fugen geraten. Wenn allein das *Laisser Faire*-Prinzip waltet, dann ›vermachtet‹ die Wirtschaft. Das halte ich für das Grundproblem. Das ist für uns Deutsche allein nicht lösbar, wir können nur als Europäer, als EU-Staat, der noch geschaffen werden muss, dagegenhalten, indem wir die Googles

und all die anderen Oligopole dieser Welt regulieren. Amerika wird das nicht für uns tun, denn das wäre politischer Selbstmord.

Publikum: Wie lange wird die amerikanische Wirtschaft weiter boomen? Sind schon Vorzeichen einer Krise erkennbar, wenn General Motors ankündigt, Produktionsstätten zu schließen, wenn Sojafarmer infolge chinesischer Strafzölle schwere Einbußen erleiden und wenn Trump am Rande des G20-Gipfels in Argentinien mit *Xi Jinping* eine Art Waffenstillstand vereinbart und keine weiteren Strafzölle androht? Wird die Verhängung von Strafzöllen seitens der USA am Ende zu deren eigenen Lasten gehen?

Welf Werner: Ich denke, dass die Trump-Administration gemerkt hat, dass die Spielräume ausgereizt sind, was Strafzölle angeht, sowohl in Richtung China als auch in Richtung Europa. Auch deswegen hat die Trump-Administration vor den *midterms* dieses Thema kleingehalten. Ob diese Regierung bald wieder aggressiver vorgeht, ist fraglich. China wird ein wichtiges Thema bleiben, nicht nur für Trump, sondern auch für eine große Mehrheit der Demokraten und der Republikaner, weil in Washington inzwischen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, China als Land, das nicht mit der notwendigen Fairness agiert, als ein Problem im Welthandelssystem angesehen wird.

Das Thema Wirtschaftskrise ist tatsächlich ein enorm wichtiges und beunruhigendes Thema. Die Krise von 2008 hat in den USA zum Populismus beigetragen, der selbst jetzt, zehn Jahre nach der Krise, weiter anwächst. Die Krise hat den Amerikanerinnen und Amerikanern gezeigt, dass selbst die stagnierenden Einkommen ihnen nicht sicher sind, die sie – gegenüber den Generationen vor ihnen – seit 20 bis 30 Jahren ertragen mussten.

Wir müssen uns fragen: Was wird in den USA, in Europa geschehen, wenn wir in die nächste Krise hineingehen? Wie entwickelt sich dann der Populismus? Das sind sehr beunruhigende Überlegungen, denn die nächste Krise wird kommen. Obama versuchte 2009/2010 die Krise mit *deficit spending* zu bekämpfen, mit gezielten Ausgaben, die aber das Staatsdefizit vergrößern. Das haben die Republikaner vollkommen blockiert. Die Finanzmarktreform, die damals erfolgte, um die Finanzmärkte sicherer zu machen, ist inzwischen durch die Trump-Administration zum Teil wieder zurückgeführt worden.

Wir leben seit 30-40 Jahren in einer Welt großer Volatilität der Finanzmärkte. Die Krise von 2008 war die erste Krise, die von einem westlichen Industrieland ausging und die ganze Welt erreichte. Es ist zu befürchten, dass unsere Finanzsektoren, im Vergleich zu den Nachkriegsdekaden, bei Weitem weniger stabil sind, als sie sein sollten. In einer künftigen Krise werden sich Probleme, wie die hier angesprochenen, möglicherweise noch sehr viel deutlicher zeigen. Das ist ein düsterer Ausblick, aber die historische Erfahrung lehrt uns, dass es die Krisen

sind, in denen die Menschen sich radikalisieren. Wir kennen das aus Deutschland aus sehr leidvoller Erfahrung.

-
- 1 Vgl. dazu verschiedene online abrufbare Medienberichte, z.B. <https://www.nytimes.com/2007/11/13/opinion/13herbert.html>; <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A39345-2004Jun13.html>; <http://www.msnbc.com/rachel-maddow/watch/trump-jr-makes-curiously-campaign-detour-735113283713>.
 - 2 Siehe z.B. <https://www.tagesschau.de/ausland/stichwahl-mississippi-101.html>.